

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



PATRICK FREUDIGER,
VIZEPRÄSIDENT PRO LIBERTÄTE,
RECHTSANWALT UND STADTRAT,
LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Eine Armee bereit für den Notfall, nicht für den Normalfall!

Die GSoA betritt Neuland. Für einmal soll nicht gleich die Armee an sich abgeschafft werden, sondern «nur» die allgemeine Wehrpflicht. Diese sei veraltet.

Aber: Nicht alles, was mehr als 100 Jahre Bestand hat, muss gleich veraltet sein. Österreichs Stimmbürger haben unlängst die Pläne von SPÖ-Verteidigungsminister Darabos zur Abschaffung der Wehrpflicht wuchtig verworfen.

Realistischerweise bleibt nur eine Alternative zur Milizarmee: Die Berufsarmee. Soll diese aber nicht bloss aus Abenteurern und gescheiterten Zivilisten bestehen, müssen die Soldaten entsprechend entlohnt werden: Eine Berufsarmee ist teuer, und sie braucht Arbeit. Eine Milizarmee steht bereit für den Notfall. Eine Berufsarmee steht auch bereit für den Normalfall. Im Inland aber erledigt bereits die Polizei weitgehend den ordentlichen Sicherheitsdienst. Soll die Berufsarmee beschäftigt werden, bleibt der Militärdienst im Ausland: Somalia, Afghanistan, Mali etc. Eine solche Militarisierung der Schweizer Aussenpolitik dient weder der Sicherheit noch dem Frieden.

GUTMENSCHEN-ENTSCHEID im Bundesrat

Vor rund zwei Jahren hat die KRISS Group SA mit Sitz in Nyon die Firma Sphinx in Matten bei Interlaken übernommen. Die Firma Sphinx ist eine überaus erfolgreiche Herstellerin von Pistolen. Mit Unterstützung der Berner Regierung gelang es, Investitionen für die Erweiterung der Produktionsanlagen im östlichen Berner Oberland zu behalten. Auf dem Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes Interlaken-Matten konnte eine geeignete Immobilie zur Verfügung gestellt werden. Gerade Bergregionen sind nebst der Tourismusbranche auf saisonunabhängige Arbeitsplätze angewiesen. Jetzt gefährdet der Bundesrat mit einem nicht nachvollziehbaren Entscheid Arbeitsplätze und die Zukunft der schweizerischen Waffenproduktion.



WERNER GARTENMANN,
EHEMALIGER PRÄSIDENT PRO LIBERTÄTE,
GEMEINDERAT,
3800 MATTEN B. INTERLAKEN

Saudi-Arabien – Partner der Schweiz?

Das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) schreibt auf www.eda.admin.ch: «Wegen seiner Rolle in der Weltwirtschaft, der muslimischen Welt und dem Nahen Osten ist Saudi-Arabien für die Schweiz ein sehr wichtiger Partner. In den letzten Jahren haben die beiden Länder insbesondere die Rahmenbedingungen für den Handelsaustausch verbessert. Saudi-Arabien, das über die wichtigsten heiligen Stätten des Islam wacht, ist als grösster Erdölproduzent der Welt, Sitz des Golfkooperationsrats, Mitglied der G-20 und einflussreiches Land im Nahen Osten einer der

wichtigsten Partner der Schweiz. Auf politischer Ebene arbeiten die beiden Länder bilateral und multilateral in vielen Bereichen zusammen. Wirtschaftlich birgt Saudi-Arabien für die Schweiz ein grosses Potenzial. Im Moment ist Saudi-Arabien der zweitwichtigste Handelspartner der Schweiz im Nahen Osten.» Also ein wichtiger, normaler Partner der Schweiz.

Keine Pistolen!

Der Bundesrat hat am 23. Januar 2013 beschlossen, dass die KRISS Group keine Bestandteile in die USA liefern darf, welche für die Produktion

In dieser Ausgabe

- 2 Sparen... koste es was es wolle
- 3 Die Wahrheit über «P26»
- 4 Armeeabschaffung in Raten!
- 5 Vom Rassismus und Klassismus
- 6 Tibet: Vermehrt Selbstverbrennungen
- 7 Der Zar: Vor den USA die Sklaven befreit



von Pistolen dienen. Die Waffen wären für die Königsgarde in Saudi-Arabien bestimmt gewesen. Insider melden, auch FDP-Aussenminister Burkhalter habe das Geschäft bekämpft. Der Bundesrat begründet seinen Lieferungsstopp mit der Feststellung: «Im vorliegenden Fall ist der Bundesrat zur Ansicht gelangt, dass mit den zur Bewilligung stehenden Einzelteilen Waffen produziert würden, mit denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden könnten.» (Medienmitteilung des

Bundesrates vom 23. Januar 2013). Damit wird eine mögliche Handlung des Auftraggebers («könnten») über die Interessen der Regionalpolitik sowie des Industrie- und Bildungsstandortes Schweiz gestellt. Zudem wird die Kohäsion zwischen Wirtschaftszentren und ländlichen Regionen unnötig strapaziert. Mit dem aktuellen Entscheid verlässt der Bundesrat die bisherige Praxis (Art. 18, Abs. 2 KMG) und fällt ein für den Wirtschaftsstandort Schweiz gefährliches Präjudiz, welches wertvolle Arbeitsplätze und den Verbleib von technischem Wissen in der Schweiz gefährdet. Die «arbeitsplatzsichernde» Linke applaudiert.



Politik der Heuchler!

Die Konsequenz der Heuchler ist geradezu umwerfend. Was soll das EDA-Loblied auf Saudi-Arabien? Was sollen die Sanktionen gegen das syrische Regime? Was will man in Bern überhaupt? Neutralitätspolitisches Wischiwaschi? Ein stabiles Saudi-Arabien? Soll sich der Widerstand in Syrien über den Haufen schiessen lassen? Aha, wir wollen Gutmenschen sein, globale Schulmeister. Sollte es den Islamisten gelingen, auch Saudi-Arabien ins Chaos zu führen: Wir nehmen kollektiv Flüchtlinge auf. Und scannt sofort alle Gäste aus Saudi-Arabien bei der Einreise in die Schweiz: No entry für Angehörige des Königs und seiner Garde. Gut möglich, dass nun ein EU-Staat die Waffen liefern wird. Die Friedensnobelpreisträgerin EU (!) hat kürzlich die Rüstungsindustrie zur Wachstumsbranche erklärt. Mit dem Entscheid gefährdet der Bundesrat zudem die Möglichkeit, dass das nächste Sturmgewehr für die Schweizer Armee aus eigener Produktion stammen könnte. Fazit: Könnte Dummheit in Energie umgewandelt werden, die Schweiz hätte die Energiefrage gelöst.

KAP – Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm

SPAREN ... koste es was es wolle

Der Bundesrat hat eine finanzpolitische Standortbestimmung vorgenommen und erste Vorentscheide für das Budget 2013 und den Finanzplan 2014-2016 getroffen. Auf Basis der aktualisierten Haushaltszahlen wird im Jahr 2013 ein strukturelles Defizit von rund 100 Millionen Franken erwartet, das im Jahr 2014 – hauptsächlich wegen den vom Parlament beschlossenen Mehrausgaben für die Armee – auf rund 800 Millionen Franken ansteigt. Zur Einhaltung der Schuldenbremse hat der Bundesrat ein zweistufiges Bereinigungskonzept beschlossen: Die Lücke im Jahr 2013 wird im Rahmen des ordentlichen Budgetprozesses beseitigt. Für die Jahre 2014-2016 bereitet der Bundesrat ein Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm (KAP) im Umfang von 800 Millionen Franken vor. Gespart wird also einmal mehr nur bei der Armee. Dies ist für die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE absolut inakzeptabel.



Die Wahrheit über «P-26»

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Während des Kalten Krieges wurde in Bern der Fall einer sowjetischen Besetzung mit aller Konsequenz und Ernsthaftigkeit durchgespielt. Das Alltagsleben und die Aufstände im Ostblock liessen den Bundesrat offen erklären: «Eine Besetzung des Landes darf nicht das Erlöschen jeden Widerstandes bedeuten.»

Als rechtzeitige Vorbereitung begann man Frühjahr 1979 mit dem Aufbau der Kaderorganisation P-26. Entgegen späteren Diffamierungen wurden die Militärdelegation des Bundesrates und auch der Gesamtbundesrat informiert. Vorgesehen waren 40 aktive Widerstandsregionen (eine weitere Anzahl als Reserve), welche schachbrettartig über das ganze Land verteilt waren, deren Mitglieder sich lediglich in Kleingruppen von zwei bis drei Personen kannten und deren Leiter nur von ihren Vorgesetzten wussten. Ziel war, die Besatzungsmacht zu verunsichern, den Widerstandswillen der Bevölkerung zu stärken, eine Kollaboration zu unterbinden. Bei den Propagandaaktionen war etwa geplant, überall im Lande gleichzeitig Tausende von roten Ballons mit dem verbotenen Schweizerkreuz aufsteigen zu lassen; in einem freien Land erregt eine solche Aktion kaum Aufsehen, in einer Diktatur aber hat sie eine ungeheure psychologische Wirkung (der Autor hat solches in der DDR erlebt) – beweist sie doch, dass trotz gnadenlosen Terrors der Besatzungsmacht der Freiheitswille ungebrochen ist! Sabotage war erst für eine spätere Phase vorgesehen. Unterstellt war P-26 dem Generalstabschef. Sein Leiter hiess Dr. Efreim Cattelan (Deckname: Rico), dessen Tarnung ein Personalvermittlungsbüro in Basel war. Eine Mitgliederliste ist noch heute nicht zugänglich, doch angesichts der vielen Gespräche des Autors entstand ein aussagekräftiges Bild zu dem jetzt erschienen Buch, dem grossmögliche Verbreitung über diesen stolzen Teil Schweizer Geschichte zu wünschen ist! Für Menschen in einem offenen Land ist es nicht leicht, sich auf das völlig andere Leben im Untergrund umzustellen. Mitglieder konnten nur unauffällige, besonders aber selbständige und belastbare Personen werden, deren Liebe zum Vaterland über jeden Zweifel erhaben waren. Über ihr

Engagement durfte höchstens der engste Familienkreis wissen, oft war nicht einmal die Ehefrau informiert. Recht plastisch vermittelt der Autor eine Einführung in das ABC des Untergrundes, seien es die Erkennungsregeln bei einem Treffen oder die «Toten Briefkästen» zur Nachrichtenübermittlung. Die Ausbildung erfolgte in mehrtägigen Kursen, im Kurzwellenfunk gab es jährlich drei bis sechs Fachkurse. Die meisten fanden im «Schweizerhof statt» – eine alte, geheime Armeanlage oberhalb von Gstaad, wobei die Teilnehmer Gesichtsmasken (ähnlich den «Kopfpariser der Armee») trugen; keiner kannte den anderen. Seit 1983 (?) nahmen die P-26-Kaderleute am Ende ihrer Ausbildung an Lehrgängen in England teil, besonders an Fallschirmabwürfen mit Nachschub. Ab 1985 verfügte man über das «Harpoon»-Kurzwellensystem mit integriertem Sender und Empfänger, das weltweit verschlüsselte Funknachrichten senden und empfangen konnte. Eine Verbindung zur Bundesregierung, die dann im Exil – wahrscheinlich Irland? – gewesen wäre, hätte jederzeit bestanden.

Sommer 1990 indes kam es zur Enttarnung und damit ebenfalls zum Ende von P-26. Was nun folgte, darf man ruhig als eine Schande der Linken werten: SP-Führer Hubacher sprach von einem «potentiellen Putschgeneral» und der «Tagesanzeiger» meinte in seiner ideologischen Phantasie berichten zu müssen, die P-26-Mitglieder «übten jahrelang heimlich sogar den Staatsstreich». Ein Basler SP-Rechtsanwalt glaubte sogar, Rico des möglichen «Hochverrats» beschuldigen zu können! Sehr vieles zeugte von einem recht geringen Wissen um die grausamen Realitäten bei einer Besetzung durch eine fremde Militärmacht. Es war auch kein Ruhmesblatt, dass man aus der Sicht des Jahres 1990 urteilte, als keine Bedrohung mehr durch den Sowjetblock bestand und man allzu schnell bereit war, die Zeit dieser zweiten Bedrohung der Eidgenossenschaft zu vergessen. Vorausgegangen war zudem der Fichen-Skandal mit den rund 900'000 Kontrollkarten («Fichen») der politischen Polizei. Nicht wenige Bürger fühlten sich überwacht, sprachen vom «Schnüffelstaat», ohne die Gefahren für ihr Vaterland im Kalten Krieg auch nur zu ahnen.

In aller Deutlichkeit muss gesagt werden: Die Männer des P-26 waren die wahren Patrioten, die aufrechten Ganges bereit waren, im Falle eines Krieges und der Besetzung der Schweiz unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens die Diktatur der Besatzungsmacht zu bekämpfen. Sie stellten absolut keine «Gefahr für die verfassungsmässige Ordnung», wie die Parlamentarische Untersuchungskommission glaubte, feststellen zu können, sondern im Gegenteil: Sie kämpften für die Wiederherstellung der freiheitlichen Demokratie der Eidgenossenschaft. Die Schweizer sollten sie als Vorbilder sehen für etwaige zukünftige Stürme gegen unser Land. Sie sollten ihnen dankbar sein!

Martin Matter,
«P-26: Die Geheimarmee,
die keine war»,
Verlag Hier und Jetzt,
Baden, 2012; 311 Seiten; 32.– SFr.
ISBN 978-3-03919-247-2

Exklusiv bei...
PRO + LIBERTATE



- **Pointiert und eindrücklich schildert Gehringer's Novelle die Aktivitäten des militärischen Nachrichtendienstes und die bedrohliche Gratwanderung am Abgrund der «braunen Sauce»!**
- **«Fauvette – die stille Front» ist die bewegende Hommage an Roger Masson et ses copains und deren Einsatz hinter feindlichen Linien.**
- **Die Geschichte ist geprägt von bedingungslosem Gehorsam, Disziplin und Aufopferung bis zur letzten Konsequenz.**
- **«Fauvette» liest sich spannend wie ein «Krimi» und spricht eine klare Sprache.**



Nein zur Abschaffung der Verteidigungsattachés: ein krisenresistentes und bündnisunabhängiges Netzwerk, Informationsbeschaffung und Auswertung würde mutwillig zerstört.

OBERST THOMAS FUCHS,
GROSSRAT UND A/NATIONALRAT,
PRÄSIDENT SCHWEIZERISCHE
VEREINIGUNG PRO LIBERTATE BERN

E-Mail: fuchs@fuchs.tv

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE ist empört über die Absicht des Bundesrates die Stationierung der Schweizerischen Verteidigungsattachés in Abu Dhabi, Amman, Ankara, Belgrad, Islamabad, Kairo, London, Madrid, New Dehli und Stockholm aufzuheben. Dies geschieht im Rahmen des sogenannten Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspakets 2014 (KAP 2014).

Ein solches Vorhaben ist fahrlässig und widerspricht jeder Staatsräson im Zeitalter der Globalisierung und in Anbetracht sich verschärfender Krisen in Europa und weltweit. Gerade jetzt benötigt das Nicht-EU und Nicht-NATO-Mitglied Schweiz ein krisenresistentes und bündnisunabhängiges Netzwerk zur Informationsbeschaffung und Auswertung. Einmal mehr zeigt sich, dass die derzeitigen Verantwortungsträger in Regierung und Parlament allem Anschein nach unwillig oder unfähig sind, eine saubere Lagebeurteilung durchzuführen, klare Ziele zur Interessensvertretung und Interessenswahrung der Schweiz zu formulieren sowie die nötigen Instrumente in genügendem Umfang bereitzustellen. Eine konsequente Lagebeurteilung ergäbe nämlich, dass das EDA-Aussennetz inkl. Verteidigungsattachés eigentlich ausgebaut und vermehrt auf Interessensvertretung ausgerichtet werden müsste.

Noch unverständlicher sind die Absichten zur Zerschlagung des VA-

Facts Sheet Verteidigungsattaché

Die Schweiz verfügt erst seit 1937 über Verteidigungsattachés im Ausland

1956 wurde PRO LIBERTATE gegründet. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn und die Errichtung totalitärer Regimes in Osteuropa zeigten, dass Demokratien und freiheitliche Gesellschaften, auch nach der Befreiung Europas von der Nazi-Diktatur, in Gefahr lebten. Deshalb trägt PRO LIBERTATE ihre Zielsetzung im Namen: «Für die Freiheit». Und der Name ist auch heute noch aktuell. Seit über fünfzig Jahren rütteln wir auf, verantwortungsbewusst mit unserem Land und seinen Werten umzugehen. Wir streiten für eine freiheitliche Gesellschaft und für einen schlanken Staat. Kreativität ist uns wichtiger als die Gängelung der Schaffenskraft mit Gesetzen.

Die Verteidigungsattachés (VA) bauen ein auf die Bedürfnisse der schweizerischen Sicherheitspolitik und der Armee ausgerichtetes krisenresistentes und bündnisunabhängiges Netzwerk auf, betreiben dieses und sorgen für dessen leistungs- und wirkungsorientierte Weiterentwicklung. Dieses Netzwerk ist gleichzeitig Leistung der VA und Voraussetzung für deren weitere Tätigkeiten. Es basiert auf dem Direktzugang zu Verteidigungsministerien und Generalstäben. Dieser Zugang ist für Krisenfrüherkennung und -bewältigung und für die bilaterale Zusammenarbeit sowie für den Nachrichtendienst lebensnotwendig. Der VA kann im Falle von krisenhaften Entwicklungen die Handlungsoption seiner Akkreditierungsstaaten ausloten, Konsequenzen für die Schweiz beurteilen und die Interessen der Schweiz bereits frühzeitig einbringen bzw. auf Entwicklungen, die nicht im Sinne der Schweiz laufen, hinweisen. Die Bereitschaft zum Austausch von Informationen ist Ausdruck des Vertrauens, das nur durch beständige Kontakte geschaffen und aufrechterhalten werden kann. Da die Schweiz mit vielen Staaten militärische Informationsschutzabkommen abgeschlossen hat, ist erfahrungsgemäss die Bereitschaft

der Gesprächspartner, auch vertrauliche Informationen auszutauschen, viel höher als gegenüber den Medien.

Beziehungsmanagement

Zur Bewältigung der meisten Bedrohungen und Gefahren ist die Schweiz auf die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern angewiesen. Für die Schweiz ist die Kooperationsfähigkeit eine wesentliche Voraussetzung zur Wahrung der politischen und militärischen Handlungsfreiheit und Solidarität.

Regionale militärische Kooperation

Im Rahmen der Regionalen militärischen Kooperation (RMK) unterstützt die Schweiz ausländische Streitkräfte nach einer Krise oder einem Krieg in den Bereichen Abrüstung, Aufbau von verlässlichen, demokratisch kontrollierten militärischen Strukturen und Institutionen sowie die Schaffung eigener Kapazitäten der Friedensförderung.

Direktkontakt auf hoher Ebene

Zur Wahrnehmung sicherheitspolitischer und militärischer Interessen im Ausland sind direkte Kontakte und Erfahrungsaustausch zwischen politisch und militärisch verantwortlichen Chefs von zentraler Bedeutung. Dazu gehören die Kontakte des Chef VBS und des Chefs der Armee, aber auch die Kontakte und Stabsgespräche zu Planung, Operationen, Rüstung, etc. Damit diese Kontakte zustande kommen und ihren Zweck erfüllen, sind die Dienstleistungen der VA von erheblicher Bedeutung.

Beratung der Missionschefs

Der VA ist als Spezialist in die jeweilige Botschaft integriert. In dieser Funktion leistet er den sicherheitspolitischen und militärischen Beitrag zur Lage- und Risiko-beurteilung der Botschaft und zur Interessenswahrung vor Ort.

Wesens jedoch im Lichte der tiefgreifenden und kostspieligen qualitativen Reformen hinsichtlich Aufgaben, Organisation, Effizienz, Zweckmässigkeit und sicherheitspolitischem Nutzender der VAs für die Schweiz auf internationaler Ebene, die aufgrund des Berichts der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK-N) vom 23. Mai 2006 vorgenommen wurde. Angesichts der insgesamt positiven Bilanz zur Umsetzung hat die GPK-NR am 13. November 2009 entschieden, ihre Arbeiten zu den Verteidigungsattachés abzuschliessen und dem VBS empfohlen, nun einmal «langfristige Erfahrungen mit diesen Änderungen» zu sammeln. Doch bereits knapp 2 Jahre später wurde unter heftigem, aber fruchtlosem Protest der Nachrichtendienste beschlossen, die beiden erst 2009 eröffneten VA-Posten Jakarta und Sarajevo sowie Kiew zu schliessen, dies mit der Begründung, das VBS senke die jährlichen Kosten der VAs von 10,3 Mio. auf 8,8 Mio. Über die immensen Kosten für Aufbau, Akkreditierung und Rückbau dieser Posten innert nur 3 Jahren, abgesehen vom Reputationsverlust der Schweiz in diesen Staaten und der internationalen diplomatischen Community, sowie dem Verlust unwiderbringlicher Netzwerke und

Kontakte schweigt sich das VBS vornehmlich aus.

Es handelt sich hierbei nämlich nur um ein weiteres Beispiel für die unerhörte Verschwendung von Steuergeldern durch fahrlässige staatliche Misswirtschaft.

Mit einem Einsparpotential von 5 Mio. pro Jahr soll die faktische Abschaffung des Schweizerischen Verteidigungsattachés nun gerechtfertigt werden. Als Trostpflaster und Alibiveranstaltung bleiben nebst USA, Russland und China nur unsere Nachbarstaaten. Nach konsequenter Lesart der Sparapostel liessen sich allerdings nicht einmal die 3.8 Mio Kosten für diesen Restbestand rechtfertigen: Alle Hauptstädte unserer Nachbarn liegen in ca. einer Flugstunde Entfernung und könnten genau gut von Bern aus abgedeckt werden. Wozu dann noch Offiziere vor Ort mit den entsprechenden Kosten?

Was passiert mit den verfrüht rückkehrenden Attachés? Die meisten stehen ja in unbefristeter Besoldung des VBS mit Rücknahmeansprüchen. Ihre Löhne müssen so oder so bezahlt werden und tauchen einfach in einer anderen VBS-Kostenstelle wieder auf.

PRO LIBERTATE ist der Auffassung, dass zur Gewährleistung der Sicherheit der Schweiz heute und vor allem

in den kommenden unruhigen Zeiten ein krisenresistentes und bündnisunabhängiges Netzwerk zur Informationsbeschaffung und Auswertung in Form des VA-Wesens unabdingbar ist. Auch in diesem Bereich darf die Schweiz nicht einfach vom Goodwill der EU, NATO und anderen Partnerstaaten abhängig sein. Einen strategischen Informationsvorsprung muss man sich als neutraler Kleinstaat in letzter Konsequenz selbst erarbeiten können.

Eine faktische Abschaffung des VA-Wesens, wie sie der Bundesrat beabsichtigt, macht die Schweiz in einem staatspolitischen Kernbereich vom Ausland abhängig und schwächt die Instrumente der schweizerischen Interessensvertretung.

Aus diesen Gründen erachten wir die geplante massive Reduktion der Anzahl Verteidigungsattachés für die Sicherheit der Schweiz und die Glaubwürdigkeit als neutralen und unabhängigen Staat unwürdig und nicht vertretbar.

Wir ersuchen Bundesrat und Parlament auf diesen Entscheid zurückzukommen und gleichzeitig auch nochmals die geplante Abschaffung des Botschaftsfunktes zu hinterfragen.

Vom RASSISMUS und KLASSISMUS

In der Schweiz kennen wir das Antirassismusetz, das uns vor der Ausbreitung von rechtsradikalen Ideologien schützen soll. Was vernünftig klingt, ist in Wahrheit ein Instrument zur Einschränkung der Meinungsfreiheit. Es kommt vor allem dann zur Anwendung, wenn Misstände the-

matisiert werden, die dem politischen Mainstream nicht in den Kram passen. Auf der anderen Seite fehlt ein derartiges Instrument zur Bestrafung von linksradikalen Meinungsäusserungen. Handlungsbedarf besteht auf jeden Fall.



OLIVIER KESSLER,
ST.GALLEN

«Wer gegen die Anti-Rassismusetznorm ist, der muss ja ein Rassist sein», so die weitverbreitete Meinung. Deshalb gleich vorweg: Ich bin ein grosser Gegner dieses Ge-

setzes, bin aber weit davon entfernt, ein Rassist zu sein. Zu meinem engsten Umfeld zählen Menschen aus diversen Ländern und Kulturen. Ich empfinde dies als bereichernd für meinen Alltag, da unterschiedliche Kulturen immer auch verschiedene Sichtweisen bezüglich vielen Themen mit sich bringen. Dies öffnet den persönlichen Horizont.

Der alleinige Anspruch auf Wahrheit

Trotzdem habe ich etwas dagegen, wenn Leute aufgrund von Meinungsäusserungen strafrechtlich verfolgt werden. Das hat etwas Totalitäres an sich. Darin schwingt implizit der Anspruch mit, dass die eigene Meinung die einzig richtige

ist. Alle anderen Personen mit einer anderen Ansicht sollen verfolgt werden. Eine solche Regelung passt nur schon aus Prinzip nicht in unser direktdemokratisches System, in dem die freie Meinungsäusserung das höchste Gut ist. Ohne freie Meinungsäusserung keine freie Meinungsbildung. Man hört ja dann immer nur die eine Seite, während man sich auf der anderen Seite nicht mehr wagt, den Mund aufzumachen – aus Angst vor Repressalien. Natürlich ist es nicht in Ordnung, wenn man eine Volksgruppe oder Leute mit anderer Hautfarbe pauschal verunglimpft. Solches Verhalten gehört gerügt. Aber reicht es denn nicht, wenn sich die Verantwortlichen den Sturm der Entrüstung der Gesellschaft über sich

ergehen lassen müssen, indem mit Worten und Argumenten gekontert wird? Eine Strafanzeige schürt doch nichts als Hass. Niemand lernt davon etwas. Der Angezeigte wird durch Strafanzeigen nur noch weiter unnötig radikalisiert. Die Meinung wird er deswegen wohl kaum ändern. Eine heilende Auseinandersetzung findet so nicht im selben Umfang statt wie in einer Diskussion. Mit der Hilflosigkeit, die entsteht, wenn man in solchen Situationen allein gelassen wird, wächst auch der Rassismus und der Hass auf die Gesellschaft.

Anti-Klassismus-Strafnorm?

Sollten die Verfechter der Strafnorm jedoch nicht von der Abschaffung des Anti-Rassismus-Gesetzes zu

überzeugen sein, so müssen sie sich folgende Frage gefallen lassen: Weshalb stellen wir als Lehre aus der schlimmsten Zeit des Nationalsozialismus eine Anti-Rassismus-Strafnorm auf die Beine, während wir aus der anderen Schreckensideologie – dem Kommunismus – keine Lehren ziehen? Wenn man schon totalitäre Ideologien unterdrücken will, dann gefälltigst nicht nur selektiv. Weshalb gibt es denn bislang keine «Anti-Klassismus-Strafnorm»? Das Anti-Klassismus-Gesetz würde es verbieten, sich abschätzig und verachtend gegenüber den Wohlhabenderen und Fleissigen zu äussern. Diese waren ja bei den Massenenteignungen im kommunistischen Regime die Hauptleidtragenden. Äusserungen wie

«Die elenden Bonzen sollen gefälligst zahlen» sollten dann ebenfalls unter Strafe gestellt werden, da diese auch ganze Bevölkerungsgruppen in einen Topf wirft und sie pauschal verunglimpft. Mit ein bisschen Feingefühl entdeckt man die dahintersteckende Ironie eines solchen Vorschlags. Ich bin klar für die freiheitliche Lösung. Schaffen wir diesen totalitären, hassschürenden Artikel endlich ab und leben wir wieder nach dem Prinzip von Voltaire, der das Prinzip der freien Meinungsäusserung treffend formulierte: «Ich bin nicht Ihrer Meinung aber ich würde dafür sterben, dass Sie sie äussern dürfen.»

TIBET: Vermehrt Selbstverbrennungen...

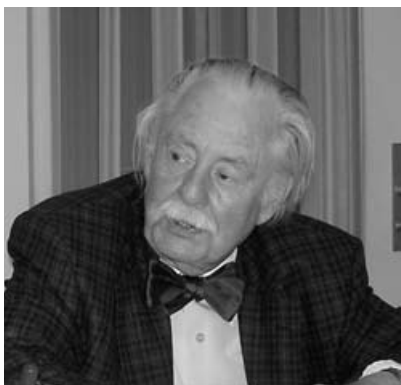


Bild: zvg

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Unbestätigten Meldungen zufolge ist es auf dem «Dach der Welt» während der vergangenen Wochen erneut zu Selbsttötungen durch Feuer gekommen. Erst unlängst hatte Navi Pillay, die Hochkommissarin für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen, die Volksrepublik China bedrängt, ihre Behörden und die religiösen Führer in Tibet sollten ihren Einfluss geltend machen, dass Menschen ihre verzweifelten Proteste nicht in dieser Weise dokumentieren. «Diese sind eine Illustration, wie ernst die Situation ist», heisst es in den Statement «Allgemeine Stabilität in Tibet wird nie erreicht werden durch Unterdrücken der Menschenrechte». Seit März 2011 sind mehr als 90 Selbstverbrennungen tibetischer

Männer und Frauen bekannt geworden. Vergangenen November drangen weitere 28 Vorfälle dieser Art an die Aussenwelt, allein in der ersten Dezember-Woche waren es erneut fünf (die Totenliste wurde unserer Redaktion via Kathmandu zugespielt. Dabei handelt es sich um die bekannt gewordenen Schicksalsfälle, die Dunkelziffer dürfte noch höher liegen; seit Juni letzten Jahres sind die betroffenen Gebiete für Touristen sowie ebenfalls für sämtliche Peking-Korrespondenten ausländischer Medien gesperrt...). Viele Nachrichten kommen daher von Flüchtlingen, die zumeist über den Himalaja nach Nepal zu entkommen versuchen; auf Druck Pekings hat das Land indes seine Grenzkontrollen verstärkt und gegenüber den Geflohenen eine abweisende Haltung eingenommen. Erreichten früher jährlich über 3000 geflüchtete Tibeter letztendlich das Flüchtlingslager im indischen Dharamsala, so sind es heutzutage lediglich noch rund 500. So wurde erst jetzt bekannt, dass es in der westlichen Qinghai-Provinz im vergangenen Frühjahr zu zwei grossen Protesten kam, bei denen über 1000 Personen teilnahmen; zweifellos werden sie nicht die einzigen Aktionen dieser Art in Tibet gewesen sein. Ein bekannt gewordenes Dekret aus Peking befiehlt staatliche Verwaltungskomitees in Klöstern zu stationie-

ren; sie sollen sicherstellen, dass Mönche und Nonnen «nicht die öffentliche Ordnung stören». Mit seltener Offenheit wurde andererseits zugegeben, nicht wenige tibetische Parteifunktionäre gingen kaum ernsthaft gegen den «Separatismus» (gemeint ist die angestrebte Autonomie der Tibeter) vor und bekannnten sich sogar offen zum Dalai Lama. Dieser wird auf einer Website Pekings als Nazi beschimpft, «dessen Politik dem Holocaust eines Hitlers zu vergleichen» sei – in Wahrheit hat er sich bereits im Mai 2011 von seinen politischen Ämtern zurückgezogen und entgegen aller Hass-Propaganda der Volksrepublik stets für gewaltloses Vorgehen ausgesprochen. Welchen Weg die Tibeter nach seinem Ableben gehen werden, kann niemand sagen. Doch wenn sie vor der Wahl stehen, Gewaltlosigkeit oder Freiheit, dann werden sie sich für die Freiheit entscheiden. Manche Politiker in Fernost haben die Hoffnung, der neue Chef der KP Chinas Xi Jinping, werde gegenüber nationalen Minderheiten eine versöhnlichere Politik anstreben, zumal sein Vater einst mit dem Dalai Lama enger befreundet war. Es dürfte eine naive Illusion bleiben. Und der Westen? Er denkt primär an profitable Geschäfte mit der chinesisch-kommunistischen Diktatur...



DR. PHIL. ET LIC. IUR.
JOHANN ULRICH SCHLEGEL, ZÜRICH

Gute Absicht, misslungene Tat

Mit dem westlichen Liberalismus gelangten die Ideen von Menschenrechten, Freiheit und Demokratie nach Russland. Die Liberalen in St. Petersburg, Moskau und weiteren Städten nahmen die langersehnte Verkündung der sogenannten Bauernbefreiung mit Ergriffenheit und Begeisterung auf. Diese Liberalen waren isolierte Intellektuelle, standen mancher Realität fern und konnten demzufolge kaum abschätzen, für welch gewaltige Irrtümer sie die Bahn brachen. So unglaublich es klingt, bei den leibeigenen Bauern stiess die Befreiung vielfach auf Misstrauen, ja sogar Empörung. Der Wunsch wurde laut, es möchte doch lieber alles beim alten bleiben. «Wir sind dein,» lautete ein geflügeltes Wort der Bauern gegenüber den Gutsherren, «aber das Land ist unser.»

Damit steht die Frage im Raum, wie konnte es zu einer solch paradoxen Entwicklung kommen?

Die Freiheit und ihr Preis

Das Freiheitsgesetz Zar Alexanders II. war von Anfang an mit einer schweren Hypothek belastet. Das Land wurde nämlich nicht unentgeltlich an die Bauern abgetreten. Diese mussten vielmehr relativ hohe Ablösesummen bezahlen. Kurz, das Land reichte in keiner Weise für die grosse Masse der Bauern. Das Resultat war, dass sie verarmten. Ja, es ging ihnen schlechter als je zuvor. Hungersnöte brachen aus.

Der Zar: Vor den USA die Sklaven befreit

Der amerikanische Präsident Abraham Lincoln beklagte sich bitter darüber, dass der russische Zar die Sklaven befreit habe, er aber ein Land regiere, das nach wie vor die Sklaverei betreibe. Tatsächlich brachte Zar Alexander II. vor 150 Jahren am 19. Februar 1861 ein Gesetz zustande, das 47 Millionen Bauern und Haussklaven die Freiheit brachte. Anders als in den USA, wo Lincoln mit der gewaltsamen Sklavenbefreiung einen Jahre dauernden Massenvernichtungskrieg vom Zaune brach, verlief die Aufhebung der Leibeigenschaft in Russland kurzfristig gesehen einigermaßen ruhig. Langfristig aber wurde sie zum grausamen Tor, durch welches der bolschewistische Terror einer jahrzehntelangen sozialistischen Despotie brach.

Es dürfte auf der Hand liegen, dass einem Hungernden das Brot wichtiger ist als ein schwammiger Begriff von intellektueller Freiheit, die sie zudem wirklichem Elend preisgibt. Wir dürfen nicht unterschlagen, dass schon vorher, wenn auch an die Scholle gebunden, der leibeigene Bauer in der Dorfgemeinschaft eine bedeutende, ja nahezu autonome Rolle zu spielen vermochte. In der Dorfgemeinschaft hielten diese Bauern selber Gericht, und sie bildeten geradezu einen Staat im Staat, der ihnen grosse Unabhängigkeit gewährte. Nun waren sie zwar frei, konnten theoretisch hingehen, wohin sie wollten, aber sie hatten dafür nicht die materiellen Mittel, und schlimmer noch, sie waren beständig in Gefahr, nicht einmal an ihrem angestammten Ort materiell überleben zu können.

Not und Aufhetzung

Die frühere, althergebrachte Tradition mit der oft kaum beklagten Unfreiheit machte die Bauernmassen zu einer der treuesten Stützen des zaristischen Russland. Zudem war der russische Mensch geprägt durch politische Abstinenz und Passivität. Erst die Not liess ihn aufbegehren, und diese Not war jetzt eingetreten. Es kam zu Revolten.

In mehr als 200 Fällen musste Militär eingesetzt werden. Langfristig wirkt zudem nichts so nachhaltig wie geistige, kulturelle und philosophische Indoktrination. Diese Indoktrination findet mit dem Vehikel der westlichen, liberalen Ideenwelt die entscheidende Durchschlagskraft. Ideologisch hochgepulverte Intellektuelle aus den Städten gingen als Dorfschreiber, Landlehrer und Heilgehilfen zu den Bauern. Einerseits unterstützten sie diese fachlich in vorbildlicher Weise, andererseits hetzten sie die Masse der Bauern gegen alles Bisherige. Es tauchen revolutionäre Flugblätter auf. Der

philosophische Materialismus wird Hauptkampfruf. Das Gespenst des Nihilismus, gespiesen vom liberalen und sozialistischen Geist, legt sein Netz über das Zarenreich.

Die Revolution frisst ihr eigenes Kind

Noch wollte der Zar, Alexander II., der als erster moderner und liberaler Herrscher Russlands gilt, das Volk retten. Mit einer Revolution von oben, insbesondere dem Gesetz vom 19. Februar 1861, wollte er Russland nach westlichen Vorbildern nach vorne katapultieren.

Er wollte «den Pulverkeller des Staates», wie ein Sprichwort der Zeit die konservativen Verhältnisse in Russland karikierte, ausräumen und merkte nicht, dass er als Liberaler gerade zur Lunte an dieser Höllenmaschine des Kaiserreiches wurde. Und wie so oft die Revolution ihre eigenen Kinder frisst, so begann auch bei dieser Revolution von oben diese ihr Kind selber zu fressen. 1863 trat die erste sozialistisch-kommunistische Vereinigung auf, die auch das erste Attentat 1866 auf den sogenannten Befreier-Zaren verübte.

Hierauf beginnt sich «die Revolution von oben» zu wenden. Es beginnt die Zeit der Reaktion. Gewalt aber gebiert neue Gewalt. Schlag auf Schlag folgen rund ein halbes Dutzend weitere Attentate – nebst den vielen anderen im Reich – allein auf Alexander II. 1881 wird er getötet. Die Weichen sind gestellt. Der Zug der Moderne ist nicht mehr zu stoppen. Der Zarismus wird endgültig überholt. Die Finsternis des Tunnels der rund 70-jährigen Despotie im sozialistisch-bolschewistischen Sowjetrußland bricht in der Revolution – jetzt von unten – 1905 und 1917 endgültig über das grösste Land der Erde herein.

Aktuell Fr. 15.-



Armeekalender
Calendrier de l'armée
Calendario dell'esercito
Armed forces calendar

+ 2013

Das willkommene Geschenk für
Freunde, Bekannte oder für sich selbst.



Für Ihre
Bestellung
benutzen Sie
bitte den Talon
auf dieser Seite.

Der attraktiv und bunt gestaltete

ARMEEKALENDER 2013

8



Die Bestrebungen von **PRO LIBERTATE** für die Erhaltung
und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

- Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE
- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.-, Ehepaare Fr. 60.-
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.-
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen

Literatur zum Bestellen:

- Senden Sie mir Expl. «**Das Dschihad-System: In Allahs Namen**» zum Preis von Franken 30.-
- Senden Sie mir Expl. «**General Guisan: Widerstand nach Schweizer Art**» zum Preis von Franken 45.-
- Senden Sie mir Expl. «**Freier Fels in brauner Brandung**» zum Spezialpreis von Franken 29.- (statt Franken 39.-)
- Senden Sie mir Expl. «**Weltgeschichte im Hochgebirge**» zum Preis von Franken 59.-
- Senden Sie mir Expl. «**Honeckers Handschlag**» zum Preis von Franken 50.-
- Senden Sie mir Expl. «**Sicherheit Schweiz: Lagebericht 2012 des Nachrichtendienstes des Bundes**» zum Preis von Franken 10.-
- Senden Sie mir Expl. «**Armeekalender 2013**» zum Preis von Franken 15.- + Porto
- Senden Sie mir Expl. «**Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer**» für Franken 8.-
- Senden Sie mir Expl. «**Erlebter Aktivdienst 1939 – 1945**» für Franken 29.-
- Senden Sie mir Expl. «**Für die freie und wehrhafte Schweiz gegen deren Feinde**» für Franken 35.-
- Senden Sie mir Expl. «**Die Schweiz im 21. Jahrhundert**» für Franken 20.-
- Senden Sie mir Expl. «**Fauvette – die stille Front**» für Franken 15.-

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

In Agenda **!** notieren:

Hauptversammlung

PRO LIBERTATE

am Samstag,
16.3.2013,
im Bären in
3072 Ostermundigen



Das waren noch Zeiten...

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, a/Nationalrat
Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz
Patrick Freudiger (Vize-Präsident), 4900 Langenthal
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Jürg M. Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen
Nathalie D'Addezio, 3006 Bern